

SERIE WINDKRAFT

Stürmischer Windrad-Eifer

Künftig wird der Preis für Windstrom per Ausschreibung ermittelt. Das machte Beamten Stress am Jahresende. SZ-Serie, Teil 2.

VON LOTHAR WARSCHIED

SAARBRÜCKEN Die Beamten des Landesamts für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) waren in den letzten Dezembertagen 2016 von einem für diese Jahreszeit ungewöhnlichen Arbeitseifer gepackt. Sie genehmigten zwischen dem 28. und 30. Dezember noch vier Windparks mit insgesamt 18 Windrädern – und zwar in Perl (sechs), Bexbach/Ottweiler (fünf), Wadern (vier) und Lebach (drei).

Es sind richtige Kaventsmänner dabei. Die Nabenhöhen liegen zwischen 134 und 149 Metern, die Rotordurchmesser zwischen 115 und 131 Metern. Die Leistung pro Windmühle schwankt zwischen drei und 3,45 Megawatt (MW). Zwei Windparks (Perl und Ottweiler/Bexbach) zieht der Wörrstadter Projektbetreiber Juwi hoch. Den Antrag für Lebach hatte die Firma Montan-Wind aus dem Umfeld des Bergbau-Konzerns RAG gestellt. In Wadern will der Energiekonzern VSE tätig werden. Unbestätigten Informationen zufolge sollen Umweltminister Rein-

hold Jost und Staatssekretär Roland Krämer (beide SPD) kurz vor Silvester sogar höchstpersönlich vorbeigeschaut und sich bei den Beamten bedankt haben.

Der Arbeitseifer hatte seinen Grund. Denn die Novellierung des Erneuerbaren Energien-Gesetzes (EEG), die Anfang 2017 in Kraft trat, hat für die Windenergie an Land gravierende Auswirkungen. Die Zeiten vorher festgelegter und ohne Einschränkung gültiger För-

2800 Megawatt werden zwischen 2017 und 2019 pro Jahr an Leistung ausgeschrieben.

Regelung der Bundesnetzagentur für die Windkraft an Land

dersätze pro Kilowattstunde (kWh) Strom, die 20 Jahre gelten, sind bald vorbei. In diesen Genuss kommen nur noch die Windräder, die bis Ende 2016 genehmigt wurden – daher die Eile – und bis Ultimo 2018 in Betrieb genommen werden, sowie kleinere Anlagen mit einer Leistung von maximal

0,75 MW. Alle anderen nehmen an einem neuen Ausschreibungsverfahren teil.

Allerdings müssen die großen Mühlen, die in der Zwischenzeit fertig werden, auch schon Abstriche in Kauf nehmen. So greift für sie von März bis August 2017 eine Sonder-Degression von 1,05 Prozent je Monat. Dadurch sinkt im Durchschnitt die Vergütung von 8,29 auf 7,87 Cent pro kWh. Sollten in der Übergangszeit bis zum Ausschreibungsverfahren mehr als 2500 MW ans Netz gehen, rutscht die Förderung von Oktober 2017 bis Ende 2018 quartalsweise noch weiter nach unten – und zwar um 2,4 Prozent je Vierteljahr, so dass sie Ende 2018 bei 6,97 Cent pro kWh liegt.

Für alle Windparks, die an dem neuen Verfahren teilnehmen müssen, gilt, dass von 2017 bis 2019 jeweils 2800 MW brutto von der Bundesnetzagentur ausgeschrieben werden, von 2020 an sind es 2900 Megawatt. Das sind etwa 1000 Windräder. Pro Ausschreibungsrunde können sich Betreiber mit einer oder mehreren

neuen Anlagen bewerben. Dabei müssen sie angeben, welche Förderhöhe sie pro kWh verlangen. Den Zuschlag erhalten die Betreiber mit den geringsten Fördersummen. Die erste Ausschreibung hat die Bundesnetzagentur für den 1. Mai geplant. Unter den Hammer kommen dann 800 MW.

Damit auch Standorte mit geringerer Windstärke- und -häufigkeit (Windhöflichkeit) eine Chance haben, wird der Wert, der bei der Ausschreibung herausgekommen ist, mit einem Korrekturfaktor multipliziert. Je geringer die Winderte, umso höher ist dieser Faktor. Der dann ermittelte Wert gilt dann allerdings für 20 Jahre. Experten rechnen mit durchschnittlichen Zuschlagssummen, die zwischen sechs und sieben Cent pro kWh liegen.

Die norddeutschen Länder, wo häufiger eine steife Brise weht und wo sich heute schon so viele Windräder drehen, dass die Leitungsnetze an ihre Leistungsfähigkeit stoßen, müssen beim Ausbau künftig mit gebremstem Schaum fahren. Hier wird der Zu-

bau auf 58 Prozent der Menge begrenzt, die im Durchschnitt der Jahre 2013 bis 2015 üblich war. Diese Einschränkung gilt für ganz Schleswig-Holstein, die Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie für Mecklenburg-Vorpommern und Teile Niedersachsens.

Im Saarland gibt es andere Widrigkeiten. Die Eilzulassungen des LUA am Jahresende sorgen in mindestens einem Fall für Ärger. Denn der Windpark Bexbach/Ottweiler mit seinen fünf Rädern sollte eigentlich nicht errichtet werden, weil das Areal in einer militärischen Übungszone lag. Die Bürgerinitiative gegen Windkraft in Lautenbach glaubt daher, dass es bei der Genehmigung, die jetzt doch erteilt wurde, nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Das Ministerium widerspricht. Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr habe die militärischen Übungsgebiete zwischenzeitlich neu zugeschnitten. Daher sei der Grund für die Ablehnung entfallen. Da sei nichts gemauschelt worden.

Deutschland setzt auf Wind

Bundesweit drehen sich schon 27 000 Windräder. Die Branche boomt - noch.

VON WERNER KOLHOFF

BERLIN Es ist vielleicht eine kleine Torschlusspanik: In Deutschland werden zurzeit massenhaft Windräder aufgestellt. Mit einer neu installierten Leistung von 4625 Megawatt, verteilt auf 1624 Anlagen, liegt die Bilanz des letzten Jahres nur ganz knapp hinter dem Rekordjahr 2014. Für 2017 wird sogar ein Allzeithoch erwartet; 6100 Megawatt Neubaulösumen sind bereits genehmigt. Spätestens ab 2018 aber erwartet die Branche einen deutlichen Dämpfer.

Insgesamt drehen sich in Deutschland jetzt 27 270 Windräder, davon fünfte in Niedersachsen. Dort kamen allein im letzten Jahr 312 dazu, gefolgt von Schleswig-Holstein (plus 217), Nordrhein-Westfalen (plus 211) und Brandenburg (plus 173). Auf dem fünften Platz liegt beim Zubau erstaunlicherweise Baden-

Württemberg mit 124 neuen Anlagen. Das ist mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr. Die Politik der von den Grünen geführten Landesregierung macht sich jetzt bemerkbar. Bundesweites Schluss- und Sorgenkind der Branche ist weiterhin Sachsen, wo die Widerstände gegen die Windenergie immer groß waren.

Bayern lag mit 124 Neubauten im letzten Jahr auf Platz sechs – wohl zum letzten Mal. Künftig müssen die Anlagen dort nämlich einen Abstand des Zehnfachen ihrer Höhe von Siedlungen einhalten, was die Zahl der Genehmigungen stark verringern dürfte. Die maximale Gesamtleistung aller Anlagen beträgt jetzt fast 46 000 Megawatt – auf dem Papier. Weil der Wind nicht immer bläst, lag die reale Stromausbeute im Jahresmittel bei nur 17 Prozent der Kapazität. In den Wintermonaten geht das bis 30 Prozent

hoch, in den Sommermonaten bis zehn Prozent runter. Insgesamt trug der an Land erzeugte Windstrom mit elf Prozent zur Deckung des Gesamtstrombedarfs bei.

Ab 2019 flaut der Zubau-Wind übrigens deutlich ab – die Politik hat der Branche nämlich nur noch 2900 Megawatt Neuanlagen pro Jahr bewilligt, für die die Baugenehmigungen nach einem Bieterverfahren erteilt werden. Wer die geringsten Stromkosten nachweisen kann, bekommt den Zuschlag. Weil ab 2020 immer mehr unrentable Altanlagen vom Netz gehen werden, könnte es nach Angaben des Bundesverbandes Windenergie mittelfristig sogar zu einem Rückgang der Windenergie in Deutschland kommen, denn die vorgegebenen Neubaukontingente reichen zur Kompensation nicht aus. Sorgen um die inzwischen 135 000 Arbeitsplätze hat die Branche gleichwohl nicht.

Eine tödliche Gefahr für Mini-Vampire

BONN (dpa) Alle 25 Fledermausarten in Deutschland sind streng geschützt. Und viele leben im Wald. Seitdem immer häufiger auch im Wald Windenergie-Anlagen gebaut werden, leben die Mini-Vampire gefährlich. Zu diesem Schluss kommt eine Studie



des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) in Bonn. Der Wald spiele für die meisten Fledermausarten im Land als Wochenstube, Jagdrevier und Winterquartier eine sehr große Rolle, erklärte BfN-Präsidentin Beate Jessel gestern. Nach Schätzungen des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung in Berlin kommen rund 250 000 Fledermäuse pro Jahr an Windkraftanlagen in Deutschland um. Wie kann das Risiko vermin-

dert werden? Das BfN untersucht in einer Studie, wie Fledermäuse den Wald nutzen und entwickelte Leit-Empfehlungen zur Erstellung von Fledermaus-Gutachten und zum Schutz der Tiere. Viele Gutachten zu geplanten Windanlagen berücksichtigten das Fledermaus-Vorkommen unzureichend, hieß es.

Problematisch ist nicht nur der Tod von Tieren an den Rotoren der Windräder. Für jede Anlage wird der Studie zufolge etwa ein Hektar Wald und damit Lebensraum vernichtet – auch alte Wälder mit Totholz sind betroffen. In alten Waldbeständen, naturnahen Wäldern und Schutzgebieten sollten gar keine Windräder aufgestellt werden, empfiehlt das Bundesamt.

Kurz vor Jahresende 2016 wurden im Saarland noch insgesamt 18 Windräder genehmigt. Es handelt sich um große Anlagen mit Nabenhöhen bis zu 149 Metern.

FOTO: FOTOLIA

Israels Siedlungspolitik

unter israelischer Kontrolle
Palästinensergebiete



SZ-GRAFIK/ACM/PEACENOW/DPA STAND 2016

Israel geht in die Offensive

Mit dem neuen Siedlungsgesetz für das Westjordanland sorgt die Regierung Netanjahu für massive Kritik.

VON STEFANIE JÄRKELE UND LAURENT LOZANO

TEL AVIV (dpa/afp) Tausende neuer Wohnungen für jüdische Siedler im Westjordanland und in Ost-Jerusalem. Die Gründung einer neuen Siedlung. Und nun ein Gesetz, das Siedlungen im Westjordanland nachträglich legalisiert. Alle paar Tage gibt es neue Meldungen aus Israel, die international für Kritik sorgen. Mit dem Gesetz werde eine „sehr breite rote Linie“ überschritten, erklärte der UN-Sondergesandte Nikolai Mladenow gestern. Das am Montagabend von der Knesset beschlossene Gesetz berge die Möglichkeit einer „vollen Annexion des Westjordanlandes“ und untergrabe damit die Zwei-Staaten-Lösung. Pa-

lästinenserpräsident Mahmud Abbas sprach von einem „Angriff auf unser Volk“.

Die Knesset-Abgeordneten hatten mit 60 gegen 52 Stimmen ein Gesetz verabschiedet, mit dem illegale Siedler-Außenposten auf palästinensischem Privatland nachträglich für rechtmäßig erklärt werden. Für die Palästinenser ist eine finanzielle Entschädigung oder die Zuteilung von Ersatz-Landflächen vorgesehen.

Seit dem Amtsantritt von US-Präsident Trump gebärdet sich Israels rechts-religiöse Regierung, als seien alle Schranken gefallen. Selbst die jüngste Distanzierung der USA gegenüber der Siedlungspolitik bremst sie nicht. Nach dem schwierigen Verhältnis mit Trumps Vorgänger Barack Obama

hofft Ministerpräsident Benjamin Netanjahu weiter auf Unterstützung für den Siedlungsausbau.

Israel hatte 1967 im Sechstagekrieg unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert. Mittlerweile leben dort rund 600 000 Israelis in mehr als 200 Siedlungen – zwischen rund 2,9 Millionen Palästinensern.

Kritiker wie die Menschenrechtsorganisation Peace Now werfen Netanjahu vor, mit den aktuellen Entscheidungen vor allem von seinen eigenen Problemen ablenken zu wollen: den Vorwürfen gegen ihn wegen Vorteilsnahme. Seit Monaten treibt Netanjahu auch sein regierungsinerner Konkurrent, der ultra-rechte Bildungsminister Naftali Bennett (Siedlerpartei), mit immer radikaleren Vorstößen vor sich her. Sein Ziel: Die Annektierung von weiten Teilen des Westjordanlandes.

Netanjahu hatte nach Medienberichten noch versucht, die Abstimmung über das Gesetz zur nachträglichen Legalisierung von Siedlungen zu verschieben. Begründung: Das Gesetz müsse mit Trump abgesprochen werden. Israels Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit hat unterdessen bereits erklärt, das Gesetz verstoße seiner Ansicht nach gegen israelisches und internationales Recht. Er werde es im Falle eines Verfahrens nicht vor dem Höchsten Gericht Israels verteidigen.

Produktion dieser Seite: Robby Lorenz, Frauke Scholl, Jana Freiberger

KOMMENTAR

Zweistaatenlösung vor dem Aus

Das die Knessetabgeordneten mehrheitlich für ein Gesetz stimmen, das sich verfassungsrechtlich nicht halten lässt, zeugt von einiger Verzweiflung. Bilder von der Räumung wilder Siedlungen machen sich nicht gut für das Image der konservativen Regierung. Das Beispiel von Amona, wo Palästinenser erfolgreich den Anspruch auf ihr Land geltend machen konnten, wird Nachahmer finden. Das umstrittene Gesetz zur Legalisierung wilder Siedlungen zielt darauf ab, Zeit zu gewinnen. Die nächste Mission der Siedlerpartei ist die Annexion von Teilen des besetzten Westjordanlandes. Das könnte auf das endgültige Aus der Zweistaatenlösung hinauslaufen. **Susanne Knaut**